Deutscher Bundestag **Drucksache 18/10417**

18. Wahlperiode 21.11.2016

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Roland Claus, Heidrun Bluhm, Michael Leutert, Dr. Gesine Lötzsch, Caren Lay, Jan van Aken, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Christine Buchholz, Eva Bulling-Schröter, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Klaus Ernst, Wolfgang Gehrcke, Nicole Gohlke, Annette Groth, Dr. Gregor Gysi, Dr. André Hahn, Heike Hänsel, Dr. Rosemarie Hein, Inge Höger, Andrej Hunko, Sigrid Hupach, Ulla Jelpke, Susanna Karawanskij, Kerstin Kassner, Katja Kipping, Jan Korte, Jutta Krellmann, Katrin Kunert, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Stefan Liebich, Thomas Lutze, Birgit Menz, Cornelia Möhring, Niema Movassat, Norbert Müller (Potsdam), Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Petra Pau, Harald Petzold (Havelland), Richard Pitterle, Martina Renner, Michael Schlecht, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Dr. Kirsten Tackmann, Azize Tank, Frank Tempel, Dr. Axel Troost, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Halina Wawzyniak, Harald Weinberg, Katrin Werner, Birgit Wöllert, Jörn Wunderlich, Hubertus Zdebel, Pia Zimmermann, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 18/9200, 18/9202, 18/9824, 18/9825, 18/9826 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Bundeshaushalt für das Jahr 2017 widerspiegelt die zu erwartende Politik der großen Koalition im Bundestagswahljahr 2017. In einer Zeit rasanter gesellschaftlicher Veränderungen setzt diese Regierung vorwiegend auf eine Politik des „weiter so“. Die notwendige soziale und humanistische Neuausrichtung der Bundespolitik wird nicht in Angriff genommen, obwohl es starke Erwartungen aus der Gesellschaft gibt. So werden die Chancen eines sozialökologischen Wandels verspielt.

Der Bundeshaushalt für das Jahr 2017 verweigert sich der notwendigen Überwindung von Vermögens- und Einkommensunterschieden. Er ist ein Bundeshaushalt der sozialen Ungerechtigkeit. Erneut wird auf eine gerechte Steuerreform und damit auf eine gravierende Mehreinnahme verzichtet. Investitions- und Infrastrukturpolitik werden nicht am gesellschaftlichen Bedarf orientiert. Zwar werden die Mittel für Bildung und Infrastruktur erhöht – aber Deutschland modernisiert sich weit hinter dem realen Bedarf und auch weit hinter seinen realen Möglichkeiten hinterher.

Diese Regierung hat keinen Plan für ein zukunftsfähiges und liebenswertes Deutschland. Hinzu kommt, dass mit enormen Mehrausgaben für Militär und Rüstung der Kardinalfehler von Außen- und Sicherheitspolitik fortgesetzt wird. Globaler Frieden und globale Gerechtigkeit brauchen mehr zivile Prävention und nicht mehr Militär.

„Gut leben in Deutschland“ hat die Bundesregierung einen jüngst erschienenen Sozialreport überschrieben. Und im Plenarsaal des Deutschen Bundestages nennt die Bundeskanzlerin die Bürgerinnen und Bürger oft „die Menschen da draußen“. Beides ist Ausdruck von sozialem Zynismus. Das nehmen immer mehr Menschen nicht mehr hin, mehr als achtzig Prozent der Bundesbürgerinnen und -Bürger beklagen die wachsende soziale Ungleichheit. Dabei macht doch auch ein Übermaß an Reichtum unfrei.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Die Spaltung wird sichtbarer. Während manche Regionen veröden, schießen in anderen die Luxusvillen aus dem Boden. Ein Prozent Millionäre besitzt inzwischen ein Drittel des gesamten Vermögens. Die untere Hälfte der Gesellschaft – also jeder Zweite – besitzt fast nichts. Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit oder ihrer Rente nicht mehr auskömmlich leben. Sogar Vollzeitarbeit zum gegenwärtigen Mindestlohn macht arm und führt auch nach 45 Rentenbeitragsjahren in die Altersarmut.

CDU/CSU und SPD vergrößern die soziale Ungleichheit weiter. Aktuelle Beispiele dafür sind das zögerliche Agieren von Koalition und Bundesregierung im Kampf gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung großer Konzerne und der Superreichen, die geschaffenen Privilegien für milliardenschwere Unternehmenserben im Erbschaftssteuergesetz, die positive Haltung zum Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA), die Unfähigkeit, eine echte Mietpreisbremse zu beschließen, und die erweiterten Lohndumping-Möglichkeiten durch Leiharbeit und Werkverträge.

Die Politik von Koalition und Bundesregierung hat die Protestpartei AfD etabliert. So ist die AfD heute die Partei des etablierten Protestes. Die AfD gehört in Wirklichkeit zum neoliberalen Parteienkartell, fordert weitere Rentenkürzungen und will Vermögens- und Erbschaftssteuern gleich ganz abschaffen. Sie will keine sozialen Verbesserungen gegen die Reichen und Mächtigen durchsetzen, sondern die Menschen im Kampf um Arbeitsplätze, Wohnungen oder Sozialleistungen gegeneinander ausspielen. Die AfD ist das Produkt neoliberaler Politik, die im Interesse einflussreicher Wirtschaftslobbys den sozialen Zerfall der Gesellschaft vorangetrieben und so viele Menschen von der Demokratie enttäuscht hat. Das Ergebnis sind Ohnmachtsgefühle, Frust und Wut auf die etablierten Parteien. Die AfD erntet, wo die Neoliberalen gesät haben. Ihr kann nur durch eine andere Politik, die den Sozialstaat wieder aufbaut und so Unsicherheit und Ängste überwindet, die Grundlage entzogen werden.

Die Dauerkrise der Währungsunion erwächst auch aus dem hohen Handelsungleichgewicht zwischen ihren Mitgliedsländern. In Deutschland wird viel mehr produziert, als hier verbraucht wird – der Überschuss wird ans Ausland verkauft.

Gerade für die Kommunen rächt sich die verfehlte Politik der verschiedenen Bundesregierungen der letzten Jahre. Denn die Finanzausstattung der Kommunen ist völlig unzureichend, um die Entwicklung der Ausgaben in ihrem Aufgabenbereich abzudecken. Die Folge sind vielerorts ein Investitionsstau, Mängel in der Infrastruktur und in diesem Zusammenhang auch eine Überforderung bei der Integration von Geflüchteten. Notwendig sind Investitionen in die kommunale Infrastruktur (Sozialer Wohnungsbau, Städtebauförderung) im Rahmen eines Integrationszukunftsprogramms sowie die

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Übernahme der Kosten für soziale Aufgaben (Asylbewerberleistungsgesetz, Kosten der Unterkunft nach SGB II) durch den Bund.

DIE LINKE fordert, dass endlich eine Bekämpfung der Fluchtursachen stattfindet. Das bedeutet neben dem Stopp der Beteiligung an Kriegen und dem Verzicht auf Waffenlieferungen insbesondere endlich die selbst auferlegte Verpflichtung zu erfüllen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen sowie eine deutliche Aufstockung des deutschen Beitrags für das Welternährungsprogramm.

Die Bundesregierung bewegt sich nur soweit, wie sie von außen bewegt wird. Die Bundesregierung legt einen Haushaltsentwurf vor, der das alte Deutschland verwalten will und sich jeder Zukunftsorientierung verweigert. Dem widersetzt sich DIE LINKE energisch, auch weil sie wegen ihrer ostdeutschen Wurzeln den Merksatz nicht vergessen wird: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben." DIE LINKE will eine Haushaltspolitik der Erneuerung, sie will Armut und Unfreiheit bekämpfen, indem die wachsende Ungleichverteilung des privaten Reichtums überwunden und so gesellschaftliche Freiheit aller erreicht wird. Mit einer gerechteren Steuerpolitik sollen für den Bund, Länder und Kommunen erhebliche Mehreinnahmen erschlossen werden.

DIE LINKE fordert die größten gesellschaftlichen Veränderungen ein. DIE LINKE will Deutschland sozialer, offener, besser gebildet, investiver und friedfertiger machen. Dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur, soziale Sicherung, Bildung und Forschung sind wichtiger als die schwarze Null.

Wer ein zukunftsfähiges Deutschland will, muss mehr Soziales wagen, Bildungs- und Investitionspolitik befördern. Politik muss schließlich dazu beitragen, die Würde aller Menschen zu achten und Angst durch Mut zu überwinden.

1. CDU/CSU und SPD setzen mit der Umverteilung von unten nach oben die Politik ihrer Vorgängerregierungen entschlossen fort und vertiefen die Spaltung des Landes. Koalition und Bundesregierung höhlen die Einnahmebasis des Staates gezielt aus, um mit dem Einsatz des Druckmittels Schuldenbremse einen angeblichen Sachzwang für Sozialabbau zu schaffen. Die Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte haben die Steuern für Unternehmen und Besserverdienende fortlaufend gesenkt, gleichzeitig über Mehrwertsteuererhöhungen die Belastungen für Normal- und Geringverdienerinnen und -verdiener erhöht. Dadurch werden nicht nur die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geschädigt, sondern auch die Wettbewerbsposition mittelständischer Unternehmen, die sich an dieser Steuervermeidung nicht beteiligen. Die Schulden des Bundes belaufen sich inzwischen auf fast 1,3 Billionen Euro (Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: 31.12.2015). Umverteilt wird zu Lasten der Arbeitenden, Arbeitslosen, Kinder, Rentnerinnen, Rentner und Kranken. Der Haushaltsentwurf enthält keine Mittel zur Rentenangleichung Ost an West und ignoriert die stark steigende Zahl von Armutsrentnern. Auch die zusätzlichen Ausgaben der Koalition für die Mütterrente, die sogenannte Rente ab 63 und die geplante Pflegereform belasten den Bundeshaushalt kaum – die Sozialkassen dafür umso mehr. Den Preis zahlen die Versicherten in Form von notwendigen, aber unterlassenen, systemgerecht aus Beiträgen zu finanzierenden Leistungsverbesserungen, von Beitragserhöhungen oder entgangenen Beitragssenkungen.
2. Die Niedriglohnpolitik hat Deutschland zynischerweise als Sieger aus dem europäischen Sozialabbauwettbewerb hervorgehen lassen. Während Bundesregierung und Koalition die vermeintlichen Erfolge ihrer exportierten Kaputtsparpolitik feiern, leidet die Bevölkerung der Krisenstaaten. Das in Deutschland gescheiterte Hartz IV-System wird als Spardiktat für Europa eingesetzt. Die europäische Finanzkrise wird von Bundesregierung und Koalition benutzt, um den Krisenstaaten einen angeblichen Mangel an Haushaltsdisziplin vorzuwerfen und ihnen als

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Rezept den Abbau von Sozialleistungen zu verschreiben. Anstatt den Zockern und Finanzjongleuren mit einer wirksamen Finanztransaktionssteuer und dem Verbot von Finanzinstrumenten Grenzen zu setzen, haben sich die gegenwärtige Bundesregierung und die Vorgänger-Regierungen von der Finanzlobby einwickeln lassen und diese aus ihrer Verantwortung für eine der größten Krisen der letzten Jahrzehnte entlassen. Bisher wurde nur Zeit gekauft. Koalition und Bundesregierung bedienen weiterhin die Interessen der Finanzbranche und organisieren die Vergesellschaftung ihrer Milliardenverluste. Der Bankensektor muss auf seine Kernfunktionen Zahlungsverkehr, Ersparnisbildung und Finanzierung zurückgeführt und entsprechend geschrumpft werden, damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht immer wieder aufs Neue erpresst werden können. Notwendig ist eine für alle Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbare und bundesweit angebotene Finanz- und Schuldnerberatung. Das deutsche Lohndumping muss beendet, der Mindestlohn darf nicht unterlaufen, die Inlandsnachfrage muss gestärkt, dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegengewirkt werden. Nicht zuletzt muss die Geschlechterdiskriminierung in der Arbeitswelt entschlossen bekämpft und frauentypische Tätigkeiten wie in den Sozial- und Erziehungsdiensten endlich aufgewertet werden.

3. Während sich die Wirtschaftsexpertinnen und -experten einig sind, dass es zu investieren und nicht nur zu sparen gilt, hält die Bundesregierung an der schwarzen Null als Selbstzweck fest. Die öffentliche Infrastruktur verfällt – die Investitionen reichen nicht einmal für den Erhalt der öffentlichen Bauten und Verkehrsnetze, die Energiewende als ein Kernprojekt der ökologischen Erneuerung droht unter die Räder zu kommen. Über sogenannte öffentlich-private Partnerschaften organisieren Bundesregierung und Koalition überteuerte private Finanzierung von Infrastrukturprojekten, um Banken, Versicherungen, Hedgefonds und Konzernen über viele Jahre hinweg hohe Gewinne zu verschaffen – auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die den Bundesländern aufgezwungene Infrastrukturgesellschaft des Bundes für die Autobahnen wird sich als Einstieg in eine neue Dimension der Privatisierung öffentlicher Infrastruktur erweisen. Große Fonds kassieren Gewinne, Steuerbürgerinnen und -bürger zahlen für Verluste.

   Bundesregierung und Koalition bereiten durch das von ihnen zu Gunsten von Großinvestoren geplante Freihandelsabkommen die weitere Schleifung von sozialer Verantwortung, Umweltschutz, Kündigungsschutz, Verbraucherschutz und Datenschutz vor. Statt öffentliche Unternehmen zu privatisieren und öffentliche Ausgaben zu kürzen, bedarf es öffentlicher Investitionen in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche. Es besteht ein großer Investitionsstau beim öffentlichen Verkehr, bei der Energie- und Wasserversorgung, im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Pflege und Kinderbetreuung, bei Bildung und Kultur. Großer Investitionsstau besteht auch beim sozialen Wohnungsneubau, bei der energetischen Gebäudesanierung sowie der barrierefreien Umgestaltung von Wohnungen und dem Wohnumfeld.

   Der Schutz von Gewalt betroffener Frauen und Kinder muss dringend besser finanziert werden. DIE LINKE. fordert ein europaweites Zukunftsinvestitionsprogramm, gerichtet auf den Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur und sozialer Sicherung, auf den sozial-ökologischen Umbau der Industrie, auf die Unterstützung der Energiewende in Richtung regenerativer Energien und mit Schwerpunkten in den Bereichen Bildung, Kultur und Gesundheit. Zu finanzieren ist dieses Programm über eine EU-weit koordinierte Erhöhung der Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen sowie durch den Abbau klimaschädigender Fehlsubventionen. Notwendig ist dafür auch eine Koordination von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

4. Das Staatsversagen im Zusammenhang mit der NSU Mord- und Anschlagsserie muss Konsequenzen auch für den Bundeshaushalt haben. Die Notwendigkeit einer dauerhaften und ausreichenden finanziellen Absicherung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus gehört zu den zentralen Schlussfolgerungen des NSU-Untersuchungsausschusses. Die seit vielen Jahren professionell und erfolgreich in den Bundesländern arbeitenden Projekte brauchen endlich eine ausreichende und dauerhaft gesicherte Finanzierung.
5. Während der Bundesfinanzminister fasst allen Ressorts Sparzwänge auferlegt, wird dem Militäretat ein entfesselter Aufwuchs für 2017 und die Folgejahre zugesagt. Bundesregierung und Koalition wollen auf diese Weise die Truppen näher an Russland rücken, ein gigantisches Gefechtsübungszentrum nördlich von Magdeburg aufbauen und Rüstungsvorhaben freien Lauf lassen. Das ist der Weg in eine neue Form des kalten Krieges. DIE LINKE. steht für eine Politik der Abrüstung und der zivilen Konfliktprävention. Im Militäretat sollen 2017 mindestens 6 Mrd. Euro eingespart und ein Teil davon in einen Konversionsfonds des Bundes eingestellt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein Zukunftsprogramm aufzulegen, das zur Integration der Benachteiligten in Deutschland und der zu uns Geflüchteten gleichermaßen beiträgt;
2. Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine gute und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik sowie die Einführung einer sozialen, sanktionsfreien Mindestsicherung zu überwinden sowie Minijobs in die Sozialversicherungspflicht zu überführen. Ab 2017 ist von einem SGB-II-Regelsatz in Höhe von 560 Euro monatlich auszugehen;
3. die Rüstungsausgaben endlich deutlich zu senken, auf neue Rüstungsprojekte zu verzichten, Waffenexporte drastisch einzuschränken sowie sämtliche Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden. Die frei werdenden Gelder werden für soziale und bildungspolitische Projekte, die Entwicklungszusammenarbeit und einen Konversionsfonds genutzt;
4. Umverteilungen im Bundeshaushalt für 2017 für folgende Vorhaben umzusetzen (angegeben ist jeweils der Änderungsbetrag im Vergleich zum Regierungsentwurf):

Integrationszukunftsprogramm

5 Mrd. €	für den sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau
1,375 Mrd. €	für Zuweisungen an die Bundesländer zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Städtebauförderung)
456 Mio. €	für den Kitaausbau
340 Mio. €	für die Sprachförderung von Flüchtlingen
312 Mio. €	für ein gutes und ausreichendes Integrationskursangebot, für die Förderung von Integrationsprojekten und die Migrationsberatung
200 Mio. €	für die Förderung der ländlichen Entwicklung innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Maßnahmen zur Bekämpfung von Fluchtursachen

1,7 Mrd. €	für die Verstärkung der entwicklungsfördernden und strukturbildenden Übergangshilfe, für Flüchtlingshilfe, die auf die besonderen Belange von Frauen und Kindern Rücksicht nimmt, für humanitäre Hilfsmaßnahmen, für Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung, für Demokratisierung und Menschenrechte, für den Ausbau des zivilen Friedensdienstes, für Abrüstungsinitiativen, für Krankheitsbekämpfung, für Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit
402 Mio. €	für technische Entwicklungszusammenarbeit
400 Mio. €	für Krisenbewältigung
220 Mio. €	für finanzielle Entwicklungszusammenarbeit

Zukunftsprogramm

bis zu 20 Mrd. €	für die Anhebung des Kindergeldes auf 328 € monatlich als Einstiegsmaßnahme zur Prävention von Kinderarmut
5,9 Mrd. €	für eine große BAföG-Reform und ein Sonderprogramm zur Bekämpfung der Ausbildungslosigkeit
2,5 Mrd. €	für die Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern
2,5 Mrd. €	für den Hochschulpakt
2 Mrd. €	für eine bundesweit flächendeckende beitragsfreie Verpflegung in Schulen und Kindertageseinrichtungen
1,06 Mrd. €	mehr Mittel für die energetische Gebäudesanierung im Energie- und Klimafonds
600 Mio. €	für die gesundheitliche Versorgung Nichtversicherter sichern
500 Mio. €	für nichtkommerzielle Pharmaforschung
480 Mio. €	für mehr Unterhaltsvorschuss
417,6 Mio. €	für höheres Wohngeld einschließlich Heizkosten
200 Mio. €	für ein Investitionsförderprogramm Pflege-WG
200 Mio. €	für Aufbau kommunaler Behandlungseinrichtungen zur Sicherung der ambulanten Versorgung
40 Mio. €	für den kostenlosen Eintritt in die Dauerausstellungen der Staatlichen Museen zu Berlin
30 Mio. €	für ein Sonderprogramm für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern
20 Mio. €	für die Stärkung der Filmproduktion in Deutschland
15 Mio. €	für besseren Umweltschutz (Partikelfilter)
15 Mio. €	für eine bundesweite Finanz- und Schuldnerberatung
9 Mio. €	für die Schaffung eines Sonderprogramms zur „Digitalisierung des Filmerbes“
8 Mio. €	für die Stärkung des ökologischen Landbaus
7 Mio. €	für die Etablierung eines verbraucherorientierten „Marktwächter Finanzmarkt“
1,3 Mio. €	für die Erforschung medizinischer Anwendungen von Cannabis, für die Evaluation des Betäubungsmittelrechts und für Drugchecking

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Soziale Ausgrenzung überwinden und Arbeitslosigkeit bekämpfen

14,95 Mrd. €	Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II und im Alter auf 560 € pro Monat, Zahlung kostendeckender Krankenkassenbeiträge und die Aufhebung der Anrechnung des Elterngeldes auf die Arbeitslosengeld II Beziehenden
7,9 Mrd. €	Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung
1,7 Mrd. €	Aufstockung der Gelder für aktive Arbeitsmarktpolitik und Ermöglichung der Umwandlung von passiven in aktive Leistungen, um so den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse voranzutreiben (Deckungsfähigkeit des Arbeitslosengeld II und der Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung mit den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit).
0,78 Mrd. €	Erhöhung der Verwaltungsmittel der Jobcenter

Rentengerechtigkeit herstellen

11,1 Mrd. €	zur Umsetzung des Prinzips gleiche Rente für gleiche Leistung – erste Schritte zu einer Angleichung der Ostrenten an das Westniveau, Entfristung der Rente nach Mindestentgeltpunkten entsprechend § 262 SGB VI, Finanzierung der sogenannten „Mütterrente“ als gesamtgesellschaftliche Ausgabe aus Steuermitteln

Rechte für Menschen mit Behinderungen

1 Mrd. €	für die Realisierung Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, unter anderem für Maßnahmen zur Schaffung umfassender Barrierefreiheit

Maßnahmen der aktiven Friedenspolitik

2,5 Mrd. €	für die Schaffung eines Konversionsfonds zur Unterstützung für die betroffenen Kommunen bei der Entwicklung von zivilen Nachnutzungskonzepten der Bundeswehrstandorte und Unternehmen bzw. Sparten der Rüstungsindustrie

Einnahmen des Bundes stärken

53 Mrd. €	durch stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, Sonderabgabe auf Boni in der Finanzbranche, Einführung einer Millionärsteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Besteuerung von Gewinnen beim Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften, Rücknahme der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 15 %, Kapitalerträge wieder zum persönlichen Steuersatz versteuern, Abschöpfung der leistungslos er-zielten Sondergewinne der Stromversorgungsunternehmen aus dem Emissionshandel, Ausbau der Steuerfahndung bei Großunternehmen und Banken

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

8,5 Mrd. €	durch den Abbau von Fehlsubventionen unter anderem bei der steuerlichen Begünstigung von Dieselkraftstoff gegenüber Benzin und der Bevorzugung der energieintensiven Industrie; die Kernbrennstoffsteuer soll auch weiterhin erhoben werden
6,9 Mrd. €	durch die Beendigung sämtlicher Auslandseinsätze sowie den Verzicht auf militärische Offensivmittel, insbesondere auf die Resttranchen des Kampfflugzeugs Eurofighter, auf das Transportflugzeug A400M, auf den Schützenpanzer Puma sowie durch weitere Einsparungen im investiven Bereich des Einzelplans 14
3,4 Mrd. €	durch den Abschluss des Schiedsgerichtsverfahrens wegen der Verzögerung bei der Einführung und der anfänglichen Mängel beim Aufbau des Lkw-Mautsystems.

Berlin, den 21. November 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.